

Tierschutz – immer ein Volltreffer



Ins Schwarze treffen – das bedeutet auch, nicht übers Ziel hinauszuschießen. Das heißt, man sollte die Konsequenzen seines Handelns vorab gut abwägen. Mit Forderungen, die ungewollt eine Verschlechterung herbeiführen, ist keinem geholfen. Das gilt auch oder gerade in der Jagdpolitik. Alle Initiativen, die auf eine Gesetzesänderung zielen, würden zahlreiche Verbände auf den Plan rufen, die allein ihre Interessen durchsetzen wollen. Vieles wäre unsicher, was unsere Jagd heute ausmacht: vom Katalog der jagdbaren Wildarten bis hin zum Begriff der Waidgerechtigkeit.

Bei Forderungen auch die Folgen bedenken

Die Forderung nach einer Befreiung vom Abschussplan zum Beispiel bedeutet eine Änderung des Jagdgesetzes. Doch das kann ungewollte Folgen haben, wenn andere Interessensgruppen mitmischen: Wildfeindliche Mindestabschusspläne etwa, veränderte Jagdzeiten, un-

gerechte Wildschadensregelungen oder herabgesetzte Reviermindestgrößen. Hier heißt es, nicht nur bis zur Tat, sondern auch an die Folgen der Tat denken.

Statt gesetzlicher Änderungen fordern wir eine strikte Einhaltung der rechtlichen Regelungen. Das Gesetz darf nicht durch ständig neue Modellprojekte, Ausnahmeregelungen und einseitige Interpretationen dem Tagesinteresse einzelner Verbände geopfert werden. Heute so und morgen so, grad wie es passt – so geht es nicht! Besonders wichtig ist die Einhaltung der Waidgerechtigkeit bei der Jagdausübung, gemeint ist damit vor allem der Tierschutz. Er muss über den land- und forstwirtschaftlichen Zielen stehen, auch über dem Motto „Wald vor Wild“! Unser Wild darf weder dem Land- noch dem Waldbau geopfert werden: Wir brauchen eine zugleich wald- und waidgerechte Jagd – so hat es Staatsminister Helmut Brunner zu Recht formuliert und so fordert es auch der BJV.

BJV protestiert gegen Schonzeitaufhebung

Vor diesem Hintergrund haben einzelne Forstbetriebe der Bayerischen Staatsforsten klar übers Ziel hinausgeschossen, die trotz vehementer Ablehnung des BJV für gewisse Flächen eine Rehwild-Schonzeitaufhebung bis Ende Januar beantragt haben. Dieser Schuss geht nicht nur fehl, er geht nach hinten los. Wenn die Wildschäden nachhaltig verringert werden sollen, braucht unser Wild in der Notzeit nicht mehr Druck, sondern weniger. Nicht Stress, sondern

Ruhe ist hier zielführend! Den Jagdbehörden, die die beantragte Schonzeitaufhebung nicht gewährt haben, gilt mein ausdrücklicher Dank: Ihr Schuss sitzt.

Keine Geheimnistuerei bei den Gutachten!

Ins Schwarze trifft auch die Zusage von Staatsminister Helmut Brunner, wonach bei den ergänzenden Revierweisen Aussagen bezüglich der Beteiligung und der Transparenz die gleichen Regeln wie beim Hegegemeinschaftsgutachten gelten. Jetzt kommt es darauf an, dass diese treffende Aussage zur Reform der Forstlichen Gutachten Eingang in die Verwaltungsvorschriften findet. Denn eines ist klar: In allen Fällen muss uns Jägerinnen und Jägern die Möglichkeit gegeben werden, die gutachterlichen Aussagen nachzuvollziehen. Geheimnistuerei wäre gerade bei diesem hochsensiblen Gebiet ein gefährlicher Fehlschuss.

Während hier mit vereinten Kräften an tragbaren Lösungen gearbeitet wird, wissen andere nichts Besseres zu tun, als die emotionsgeladene Unversöhnlichkeit rund um die Wald-Wild-Frage weiter anzuhetzen. So verbreitet gegenwärtig ein so genanntes Wald-Wild-Forum in Göttingen mit Beteiligung des Deutschen Forstwirtschaftsrates, des BUND und des NABU die Behauptung, unsere Wildbestände seien überhöht. Wie unberechtigt dieser Konfrontationskurs zumindest für Bayern ist, belegt eine aktuelle Feststellung der Bayerischen Staatsforsten für ihren Bereich: „Der Waldumbau hin zu stabilen Mischwäldern liegt im Plan.“

Ein Schuss aus jagdpolitisch entgegengesetzter Richtung ist die Klage von radikalen Jagdgegnern gegen die verpflichtende Mitgliedschaft in einer Jagdgenossenschaft. Hiermit sollen örtliche Jagdverbote durch einzelne Grundeigentümer ermöglicht werden. Die kürzlich stattgefundenen, mündlichen Verhandlung vor der Großen Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte hat unterdessen noch keine endgültige Klärung ergeben. Der BJV arbeitet mit den anderen Jagdverbänden daran, dass dieser Schuss der Jagdfeinde in den Ofen geht – Sicherheit allerdings gibt es hier noch nicht.

Wir behalten die Waidgerechtigkeit im Visier

Der BJV jedenfalls wird den lächerlichen und erfolglosen Frontenkrieg in der Jagdpolitik nicht mitmachen. Er setzt auf konstruktive und pragmatische Lösungen und behält sein Kernziel im Visier: die Waidgerechtigkeit. Dass dieser Weg erfolgreich ist, zeigen die über 1.000 teils hoch prominenten Gäste auf unserem Jahresempfang. Auch DJV-Präsident Hartwig Fischer hat sich angekündigt. Das zeigt, wie wichtig die Rolle Bayerns in der bundesdeutschen Jagdpolitik ist.

Mit kräftigem Waidmannsheil

Prof. Dr. Jürgen Vocke,
MdL a. D., Präsident des
Bayerischen Jagdverbandes